

2016-06-10

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:44 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 40**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto Entschuldigt
Schwabe, Jörg Entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Pätzold, Hans-Joachim Entschuldigt
Stabbert-Kühl, Sabine Entschuldigt

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf Entschuldigt
Tschammer, Hans Entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Fackiner, Guido Entschuldigt
Hofmeister, Dirk Entschuldigt
Weber, Hendrik Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, richtete aus Anlass der Ermordung von Frau Yangjie Li folgende Worte an die Anwesenden und an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger:

„Ein schweres Verbrechen ist inmitten unserer Stadt Dessau-Roßlau geschehen. Wir alle können dies immer noch nicht fassen. Eine junge chinesische Studentin, Frau Yangjie Li, wurde zum Opfer einer unermesslichen Gewalttat! Wir gedenken ihrer und fühlen mit ihren Eltern, ihrer Familie und ihren Freundinnen und Freunden“.

Er bat die Anwesenden sich zu Ehren von Yangjie Li von ihren Plätzen zu erheben. Im Anschluss an die Gedenkminute verwies er auf das ausliegende Kondolenzbuch.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 35 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek zog im Namen der **CDU-Fraktion** die im Tagesordnungspunkt 7.3 eingeordnete Beschlussvorlage Nr. 163/2016 - Rechtsstaatliche Planfeststellungsverfahren für die Teilprojekte des WWF-Projektes „Wilde Mulde“ - zurück.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, gab folgende Änderungen bekannt:

- Der Tagesordnungspunkt 7.5 – Personalangelegenheit Anhaltisches Theater wird unter den Tagesordnungspunkt 7.2 behandelt.
- Der Tagesordnungspunkt 8.1 aus dem nichtöffentlichen Teil – Personalie Besetzung Verwaltungsdirektor - wird unter den Punkt 7.3 behandelt. Die öffentliche Bekanntmachung wurde dementsprechend fristgerecht ergänzt.

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils um einen Punkt in der Rangfolge.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, dass bezüglich der Tagesordnungspunkte 7.2, 7.3 und 7.4 der ausgereichten Tagesordnung Anhörungsrechte für die Stadtbezirksbeiräte bestehen. Bestimmte Dinge setzen ein Beteiligungsverfahren voraus, dass also Stellungnahmen zu den jeweiligen Beschlüssen abzurufen sind. Diese Stellungnahmen sind dringend erforderlich für die Zugänglichkeit der Beschlusslage zum Stadtrat. An diese Beschlusslage, die seit Jahren erfolgreich im Rahmen der Ortschaftsräte erfolgt, sollte festgehalten werden. Deshalb sollte bei der Erstellung der Tagesordnung u. a. auch die Vollständigkeit der Unterlagen überprüft werden, ob eine entsprechende Zugänglichkeit da ist.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, nahm diesen Hinweis auf und bemerkte, dass das auch für ihn ein wichtiges Anliegen ist.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form einstimmig beschlossen.

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2016**

Die Niederschrift wurde mehrheitlich bestätigt (33:00:02).

4 **Berichte des Oberbürgermeisters**

4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßte zunächst die Direktorin der Stiftung Bauhaus Dessau, Frau Dr. Perren.

Rückblickend führte **Herr Oberbürgermeister Kuras** aus, dass die vergangenen zwei Wochen überschattet waren von einem erschütternden Ereignis. Die Nachricht vom gewaltsamen Tod einer jungen chinesischen Studentin am 11. Mai 2016 hat viele Menschen weit über unsere Stadt hinaus zutiefst getroffen. Das Geschehene ist unfassbar und es ist kaum vorstellbar, was die Familie des Opfers jetzt durchleidet. Wir fühlen mit den Eltern, die alles gegeben haben, um ihre Tochter fern der Heimat studieren zu lassen. Ihnen gehört unsere aufrichtige Anteilnahme. Der erste Teilerfolg bei der Aufklärung des schrecklichen Verbrechens, den gestern die Staatsanwaltschaft verkünden konnte, lässt die Stadt nun wieder ein Stück weit aufatmen und gibt ihr ein wenig das Gefühl von Sicherheit zurück. Es ist zu hoffen, dass die Arbeit der Ermittlungsbehörden schnell weitere Erkenntnisse liefert und der Fall abgeschlossen werden kann. An die Gemeinde der chinesischen Studenten gerichtet, betonte er noch einmal, dass sie ein nicht wegzudenkender Teil des öffentlichen Lebens sind und wir froh sind, sie hier zu haben. Bei einem Treffen mit chinesischen Wirtschaftsvertretern und Vertretern der Stadt Wuhu hat er sich bemüht, eine Schadensbegrenzung vorzunehmen, da in den chinesischen Medien die Dinge in einer Art dargestellt werden, die der Sache auch nicht gerecht wird. Er hofft, dass diese Bemühungen Erfolg haben. Die Delegation weilt in diesen Tagen noch einmal hier und wird verschiedene Einrichtungen der Stadt besuchen.

Unmittelbar vor diesem schrecklichen Ereignis kam es in der Nacht vom 10. Mai auf den 11. Mai zu gewalttätigen Anschlägen gegen Einrichtungen in unserer Stadt. Betroffen waren das „Bibers Corner“ in der Zerbster Straße, das Regionalbüro der Partei Die Linke in der Karlstraße und das Alternative Jugendzentrum in der Schlachthofstraße. Mehrere Täter warfen mit Steinen und entkamen anschließend unerkannt. Auch diese Taten sind zutiefst feige und verabscheuungswürdig. Die Täter nahmen mit ihrem Handeln durchaus Verletzungen oder sogar den Tod von Unbeteiligten in Kauf. Um ein klares Bekenntnis gegen Gewalt jedweder Art zu setzen, haben die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses in der Sondersitzung am 18. Mai 2016 eine Resolution „für einen friedlichen Umgang politischer Akteure im politischen Diskurs“ verabschiedet. Die Resolution fand fraktionsübergreifend Konsens und wurde von allen Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet.

Zum aktuellen Arbeitsstand verschiedener Projekte kommend, ging Herr Oberbürgermeister Kuras zunächst auf die **Stadtmarketinggesellschaft** ein. Das Verfahren zur Besetzung der Geschäftsführer ist abgeschlossen. Mit der notariellen Beurkundung des Gesellschaftervertrages am 12. Mai und der unmittelbar danach erfolgten Eintragung in das Handelsregister wurden nun nach längerer Anlaufphase die Voraussetzungen für die Aufnahme einer erfolgreichen Arbeit geschaffen.

Den Geschäftsführern, Frau Saskia Lange und Herrn Guido Fackiner, wünschte er von hier aus noch einmal viele gute Ideen, eine möglichst problemlose Einarbeitung und vor allem viel Erfolg bei der Bewältigung der bevorstehenden anspruchsvollen Aufgaben, wie die Großereignisse „Reformationsjubiläum“ und „Bauhausjubiläum“, die nicht mehr in allzu weiter Ferne sind.

Südschwimmhalle: Bereits in der letzten Sitzung wurde informiert, dass die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn vorliegt, so dass alle Bauaufträge förderunschädlich erteilt werden können. Anfang Mai wurde mit der Medienschließung, mit der Baufeldfreimachung, der Herstellung der Baustraße und dem Einrichten der Baustelle begonnen. Die Wasserhaltung, die Bohrpfahlgründung und die Erdarbeiten sind in Vorbereitung bzw. in der Werkplanung. Im Moment sprechen alle Zeichen für die geplante Fertigstellung im Frühjahr 2018. Er sprach dem Amt für Gebäudemanagement für die gute Arbeit seinen Dank aus.

Bewerbungskonzept Landesgartenschau: Am 16. April fand ein erster Streifzug über die möglichen Landesgartenschauflächen vom Stadtpark bis zum Muldeufer mit ca. 20 Interessierten statt. Am 23. Mai 2016 gab es den zweiten Aktionstag mit einem Streifzug, beginnend auf dem Marktplatz bis zum historischen Friedhof. Dieser Streifzug schloss an den Aktionstag „Grün in der Stadt“ des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau an. Angesichts der Bewerbung der Stadt für die Landesgartenschau 2022 hatte sich der Verband für die Durchführung des Aktionstages in Dessau-Roßlau entschieden. An diesem Tag gab es zugleich Informationen zur Bewerbung der Stadt.

Schadebrauerei: Die Rückbauarbeiten laufen auf Hochtouren, was für jeden erkennbar ist. Zeitgleich zu den Rückbauarbeiten laufen die Sicherungsmaßnahmen zur Herstellung der Standsicherheit des Turmes. Abgebrochen wurden bisher die Schwankhalle und der Hofkeller. Der Abbruch des Eiskellers erfolgt fortlaufend. Während der Abbruchmaßnahmen wurden Schadstoffe vorgefunden, die entsprechend dem Abfallentsorgungsgesetz zu entsorgen sind.

Muldebrücke: Derzeit laufen die Beton- und Schalungsarbeiten zur Herstellung des Widerlagers West. Der erste Betonierabschnitt ist ausgeführt, der zweite Abschnitt soll Ende Mai folgen. Der Mittelpfeiler ist fertiggestellt. Die Bohrpfahlgründung für das östliche Widerlager erfolgte in der 15. Kalenderwoche. Danach ging es an den Aushub der Baugrube. Das Einbringen des Unterwasserbetons ist vom 26. bis 27. Mai vorgesehen. Danach sind die Gründungsarbeiten abgeschlossen. Die ersten Träger Teile sind im Werk Niesky fertiggestellt und befinden sich bereits im Außenlager. Aktuelle Informationen zum Bauvorhaben stehen auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau. Außerdem kann das Baugeschehen auch über eine Web-Cam verfolgt werden. In der öffentlichen Debatte war die Frage der Auseinandersetzung zwischen der Stadt Dessau-Roßlau als Bauherren und den bauausführenden Firmen. Es kam zu Bauverzögerungen. Ursachen waren Mehrleistungen für den Brückenabbruch, aber auch Hindernisbeseitigungen bei Verbau- und Gründungsarbeiten und Erschwernisse bei der Kampfmittelsondierung. Der Verwaltung wurde daraufhin ein geänderter Bauablaufplan übergeben, der von der Stadt Dessau-Roßlau so nicht akzeptiert wurde. Die Stadt und die Bauausführenden sind in dieser Angelegenheit mit Unterstützung eines unabhängigen Sachverständigen in Verhandlung. Die Landesstraßenbaubehörde stand dabei vermittelnd zur Seite.

In einem ersten Auftaktgespräch wurde deutlich, dass die Beteiligten an einer einvernehmlichen Lösung interessiert sind, die fachlichen Auffassungen jedoch noch auseinander liegen. In diesem Spannungsfeld werden sich die weiteren Verhandlungen vollziehen.

Schloss Georgium: Nach dem Stadtratsbeschluss vom 13. April 2016 erfolgte die erneute Beantragung von Fördermitteln für die Fortführung der Sanierung des Georgiums. Beantragt wurde die komplette noch fehlende Summe von 6 Mio. Euro über das Bundesprogramm „Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus 2016“. Bis zu 90 Prozent dieser Summe könnte über das Förderprogramm getragen werden. Allerdings steht die Stadt in Konkurrenz mit anderen Projektvorschlägen des Landes. Die 50 Mio. Euro, welche die Bundesregierung nach dem Königsteiner Schlüssel im Jahr 2016 für alle Bundesländer bereitstellt, werden durch eine Jury im Rahmen eines Wettbewerbes vergeben. Eine Förderentscheidung wird im Juli mit der Veröffentlichung der Auswahl der Wettbewerbssieger durch das Bundesministerium erwartet. Herr Oberbürgermeister Kuras hofft auf die Einsicht der Jury, da es vordringlich sein muss, begonnene Projekte zu beenden.

Zum Thema **Breitbandausbau** ist heute eine Berichterstattung des Breitbandberaters vorgesehen. Des Weiteren erfolgen heute Informationen zur Kavallerstraße.

Thema **Asyl:** Insgesamt wurden in diesem Jahr 171 Personen in der Stadt Dessau-Roßlau aufgenommen. An 858 Personen werden Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz gezahlt. Für die dezentrale Unterbringung stehen weiterhin ausreichend Wohnungen zur Verfügung. Bereits seit einiger Zeit wurde die fortlaufende Renovierung von Wohnungen gestoppt, um nicht unnötig Kosten zu verursachen. Das Jugendamt ist derzeit für 38 unbegleitete minderjährige Ausländer zuständig. 17 von ihnen sind dezentral bei Verwandten untergebracht. 9 dieser jungen Menschen leben in der Waldstraße in Roßlau und 12 in der Einrichtung in der Puschkinallee 29 in Dessau. Von den insgesamt 38 unbegleiteten minderjährigen Ausländern stammen 9 aus Afghanistan, 3 aus Äthiopien, 1 aus Eritrea, 6 aus Somalia und 21 aus Syrien. Das Alter dieser jungen Menschen bewegt sich zwischen 9 und 17 Jahren.

Einbürgerungen: In der Zeit vom 22. März bis zum 13. Mai 2016 wurden 6 Personen eingebürgert – 3 Frauen, 2 Männer und 1 Kind. Die Eingebürgerten stammten ursprünglich aus der Tschechischen Republik, der Ukraine und dem Irak. Insgesamt haben in diesem Jahr bereits 14 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erworben.

Weitere Meldungen aus den einzelnen Bereichen:

Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt: Nach erfolgreicher Premiere im vergangenen Jahr beteiligte sich die Stadt auch in diesem Jahr wieder an dem von Bund und Land initiierten deutschlandweiten „Tag der Städtebauförderung“. So konnten am vergangenen Samstag, dem 21. Mai 2016, bei einer Radtour sowohl Baustellen als auch fertig gestellte Projekte verschiedener Städtebau- und anderer Förderprogramme aus dem Verkehrs- und Umweltbereich besichtigt werden. Zwischen 80 und 100 Interessierte nahmen bei bestem Wetter an dieser Tour teil. Sie führte vom Schloss Georgium über die Stationen Antoinettenstraße – Schadebrauerei – Ersatzneubau Muldebrücke – LAGA-Flächen – Fischaufstiegsanlage – Alte Molkerei/neue Schwimmhalle – Heideschule – bis zum Frauenzentrum in der Törtener Straße.

An diesem Tag wurde gleichzeitig der Startschuss für die Mikroprojekte aus dem Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ vollzogen. Mit diesen Projekten soll eine Aufwertung des Wohnumfeldes bzw. des öffentlichen Raumes erlangt werden. Den Teilnehmern der Radtour am 21. Mai wurde ein erstes dieser Mikroprojekte Am Leipziger Tor vorgestellt. Er sprach Herr Beigeordneter Krause und Frau Beigeordnete Schlonski seinen Dank für diese Veranstaltung aus, die den Bürgern wieder Informationen auf breiter Ebene hat zukommen lassen.

Kultur, Tourismus und Sport:

Am 13. April 2016 hat die Anhaltische Gemäldegalerie Dessau zwei Gemälde als großzügige Schenkung der Fielmann AG erhalten. Es handelt sich um Gemälde der Maler Carl Triebel und Paul Riess. Beide Werke bereichern im besonderem Maße den Bestand der Deutschen Malerei des 19./Anfang 20. Jahrhunderts als repräsentative Beispiele von Landschaftsdarstellungen anhaltischer Maler. Beide Gemälde wurden in einem restaurierten Zustand übergeben. Die Restaurierungskosten übernahm die Fielmann AG.

Am morgigen Donnerstag lädt zum wiederholten Mal das Open-Air-Lesewohnzimmer „Stadtlesen“ mitten auf den Marktplatz ein. Die Besucher sind eingeladen, auf bis zu 3000 Bücher zurückzugreifen und das umfangreiche Rahmenprogramm zu nutzen.

Nach gelungener Premiere des Dessauer Firmenlaufes im letzten Jahr mit 76 Mannschaften im Dessauer Stadtpark erlebte der 2. Firmenlauf eine neue Rekordbeteiligung. 118 laufbegeisterte Teams aus Dessau-Roßlau und der Region Anhalt traten am 3. Mai 2016 zum sportlichen Wettkampf an und verbreiteten trotz kühlen Laufwetters eine tolle Stimmung. Auch die Stadtverwaltung könne seiner Meinung nach bei einem solchen Event mit eigenen Trikots Werbung für ihr „Unternehmen“ machen.

In zwei Tagen öffnet das Dessauer Paul-Greifzu-Stadion seine Pforten für das Internationale Leichtathletik-Meeting „ANHALT“. Am Freitag werden bei der dann bereits 18. Auflage des bedeutendsten Meetings in Mitteldeutschland rund 150 Athleten in 13 Disziplinen an den Start gehen. Auch in diesem Jahr werden in Dessau wieder viele Athleten – darunter nationale Meister, Kontinentalmeister, den einen oder anderen Weltmeister und viele erfolgreiche Olympiateilnehmer – im Paul-Greifzu-Stadion zu erleben sein. Dieses Meeting gehört deutschlandweit zu den ersten großen internationalen Leichtathletikveranstaltungen und ist damit eine nationale und internationale Standortbestimmung für viele Athleten sowie Qualifikationsmeeting zum Erreichen der Normen für die Deutschen Meisterschaften in Kassel im Juni, die Leichtathletik-Europameisterschaften in Amsterdam sowie für die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro maßgebend.

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 29.04.2015 zur Erweiterung des gebietlichen Umgriffs des Verfügungsfonds Zerbster Straße angefragt – Stichwort Städtebauforderung. Diese Zuständigkeit hatte Frau Luft aus dem Amt 80 zunächst mitgenommen und neben den Zuständigkeiten für die Gründung der Stadtmarketinggesellschaft und für den Breitbandausbau wahrgenommen hatte. Da die Prioritäten in den letzten Monaten auf den beiden letztgenannten Gebieten lagen, konnte der Stadtratsbeschluss nicht so zügig umgesetzt werden. Es wurden jedoch verschiedene Arbeitsschritte, auch noch im vergangenen Jahr abgearbeitet.

So wurde das Referat Städtebauförderung im Landesverwaltungsamt angefragt, ob eine Änderung der Gebietskulisse genehmigungsfähig wäre und entsprechend begründet. Die Zustimmung wurde nach längerer Zeit der Prüfung erteilt. Es ist nun erforderlich, die damals auch vom Stadtrat beschlossene kommunale Richtlinie anzupassen. Dazu gehört nicht nur die Änderung des räumlichen Umgriffs sondern auch eine personelle Erweiterung des kommunalen Lenkungsremiums. Entsprechende Vorschläge wurden bereits eingeholt. Herr Oberbürgermeister Kuras wird den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und dann den Stadtrat informieren und die angepasste Richtlinie schnellstmöglich vorlegen. Das ist nötig, um das bereits abgeforderte Geld noch komplett zu verausgaben. Von ursprünglich 350 TEUR sind derzeit noch 186 TEUR verfügbar. Aus dem Bereich der Zerbster Straße liegen keine bzw. keine größeren Anträge vor. Herr Oberbürgermeister Kuras bat darum, bereits parallel zu dem formalen Änderungsverfahren Projektanträge vorzubereiten. Dazu findet morgen ein Gespräch bei Frau Luft statt, woraus sich vielleicht schon Anträge ergeben. Allerdings weist er darauf hin, dass nur investive Zwecke gefördert werden, worauf das Landesverwaltungsamt noch einmal deutlich hingewiesen hat. Am vergangenen Dienstag hat er, gemeinsam mit Frau Schlonski den Heimbeirat von Avendi in der Hausmannstraße besucht, wo insbesondere eine bessere Barrierefreiheit der umliegenden Wege angemahnt wurde. Es wird zu prüfen sein, ob sich daraus auch ein Projekt ergeben könnte. Wenn diese Schritte abgearbeitet sind, ist beabsichtigt, die Zuständigkeit für den Verfügungsfonds wieder dem Amt für Wirtschaftsförderung zu übertragen.

Sonstiges

Haushaltssatzung

Nach intensiver Debatte in den Fachausschüssen, im Haushaltsausschuss und im Stadtrat wurde der Haushalt verabschiedet. Das Landesverwaltungsamt hat die Haushaltssatzung 2016 zum Ende der vergangenen Woche genehmigt. Damit verfügt die Stadt über die notwendige Rechtsgrundlage für das wirtschaftliche Handeln und es besteht Planungssicherheit für die kommenden Monate. Allerdings ist die Stadt weiterhin angehalten, nach den Grundsätzen der Sparsamkeit zu handeln und für die kommenden Jahre ihre Leistungsfähigkeit durch eine gute Finanzplanung zu sichern.

Personalangelegenheiten

Gegenstand der Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 18. Mai 2016 waren u. a. zwei Personalien. So erfolgte die Beschlussfassung zur Ernennung der Amtsleiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung. Besetzt wurde diese Stelle mit Frau Bärbel Schärff. Außerdem verständigten sich die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters auf einen Kandidaten zur Besetzung der wieder vakant gewordenen Stelle des Verwaltungsdirektors des Anhaltischen Theaters, nach dem Rückzug von Herrn Dr. Siekhaus. Hier hatte Herr Lutz Wengler überzeugt, worüber heute noch zu befinden ist.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 13. April 2016 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Herr Hagen Göricke, Bruchbreite 23, 06847 Dessau-Roßlau, bezog sich auf einen Beitrag in der Mitteldeutschen Zeitung zu den Ereignissen in der Ortschaft Mosigkau bezüglich des Starkregens in der Nacht vom 23. zum 24. Mai 2016. Um seine Fragen nachvollziehen zu können, seien nähere Erläuterungen notwendig, wofür er um Verständnis bitte.

Als Einwohner, Mitglied der Wasserwehr und des Ortschaftsrates begleitet er seit mehr als 10 Jahren die Beseitigung von Missständen, die zu Überflutungen und Schädigungen durch dauerhaft hohe Grund,- Schichten- und Oberflächenwasser in der Gemarkung Mosigkau führen. Resultate dieser Arbeit sind die Erneuerung und der Neubau von Bauwerken an verschiedenen Stellen in der Ortslage Mosigkau, die Installation von 2 Durchflussmengenmessern mit Alarmierungsfunktion, eine intensivere Grabenpflege und die Ausarbeitung eines Gefahrenabwehrplanes für die Wasserwehr Mosigkau durch die Berufsfeuerwehr, vertreten durch Herrn Müller. Diese Maßnahmen wurden nach den Überflutungsschäden des Jahres 2010 in die Wege geleitet.

Die Stadt Dessau-Roßlau wurde damals als ein Hauptverantwortlicher für die Überflutungen gesehen, da alle Absperreinrichtungen oberhalb des Ortes entfernt waren und die falsche Aussage der Berufsfeuerwehr durch Herrn Kunhold getroffen wurde, dass alle Sperreinrichtungen zu sind. Diese Einrichtungen wurden damals 14 Stunden später geschlossen, was er als damaliges Mitglied des Stadtrates im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung dargestellt hatte. Eine Aufarbeitung durch den Stadtrat erfolgte nicht.

Heute steht in der Mitteldeutschen Zeitung: „Die Freiwillige Feuerwehr mit der Wasserwehr versuchte durch wasserregulierende Maßnahmen durch Ausnutzung der maximalen Staukapazität den Zufluss auf das Brückenbauwerk der B185 zu regulieren.“ Diese Information ist falsch, da die Wasserwehr zu keinem Zeitpunkt von der Berufsfeuerwehr bzw. dem Amt 66, informiert und Alarm ausgelöst wurde. Einzig das Mitglied des Ortschaftsrates, der das Sachgebiet Entwässerung begleitet, wurde auf kurzem Dienstweg durch die Freiwillige Feuerwehr Mosigkau informiert. Nach Alarmierung der Feuerwehr um ca. 22:19 Uhr hat das Mitglied des Ortschaftsrates um ca. 0:50 Uhr den Wasserdurchfluss eines Absperrbauwerkes, das bis dahin offen war, maximal gedrosselt. Zwei weitere Absperreinrichtungen, die zum Teil neu für den Gefahrenfall errichtet wurden, sind nicht aktiviert worden. Eine Absperreinrichtung nach der Ortslage wurde nicht entfernt. Sandsäcke in ausreichender Stückzahl wurden nicht bereitgestellt. Ein Befüllen dieser war durch die nicht Alarmierung der Wasserwehr auch gar nicht möglich. Erst am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr wurden Sperreinrichtungen durch das Tiefbauamt geschlossen bzw. am anderen Ende geöffnet.

Wie schon im Jahr 2010 sind die Mosigkauer erneut abgesoffen. Das emotionale Fass zum Überlaufen brachte die Tatsache, dass eine Lagebesprechung der Ämter vor Ort in Mosigkau stattgefunden hat, zu der der Ortsbürgermeister Herr Büttner nicht herangezogen wurde, obwohl er 30 Meter weiter an einem Brennpunkt der Brücke B185 stand, was alle Beteiligten wussten. Eine größere Missachtung von ehrenamtlicher Arbeit gibt es wohl kaum.

Die Sachkundigen der Wasserwehr von Mosigkau können nach einer 1. Analyse folgendes Resümee ziehen:

- Durch die dauerhaften und weiter zunehmenden Vernässungen durch Bieberanstauungen bekommen die Niederschläge so große Geschwindigkeiten, dass sie kaum zu beherrschen sind. Hier müssen entweder Retentionsräume vergrößert und neu geschaffen oder der Bieber verwiesen werden. Dazu muss die Landesregierung zu einer Gesetzesänderung beim Schutzstatus gebracht werden.
- Die schon seit langem geforderten Retentionsräume müssen in den geforderten und planerisch ermittelten Größen gebaut werden. Bauliche Missstände, auch an neu errichteten Bauwerken, müssen beseitigt werden, um Staukapazitäten zu erhalten.
- Der Naturschutz muss an Gefahrenstellen in den Hintergrund treten. Hierzu wird die Unterstützung der Landes- und Bundespolitik benötigt, um das weitere Auswuchern von Verboten, und den damit verbundenen Absolutismus im Naturschutz, Einhalt zu gebieten.
- Der Ortschaftsrat muss an das Frühwarnsystem der Durchflussmengenmesser angebunden werden, was bis heute nicht möglich bzw. untersagt war.
- Spätestens bei Bekanntwerden der Gefahr muss die Wasserwehr durch den Diensthabenden der Berufsfeuerwehr einberufen werden, der dann an Hand des bestehenden Gefahrenabwehrplanes die Wasserwehr arbeiten lässt und dieses Gremium als Unterstützung mit einbezieht. Erfolgt das nicht, werden weiterhin in regelmäßigen Abständen große Schäden entstehen und ein immer größer werdendes Unverständnis der Bürger und ein weiteres Abwenden vom Land Sachsen-Anhalt die Folge sein.

Der Ortsteil Mosigkau fühlt sich, bedingt durch die jahrzehntelange Vernachlässigung bei investiven Maßnahmen, als Fußabtreter für die Stadt Dessau-Roßlau. Es werden die höchsten Grundsteuern gezahlt, aber infrastrukturell gibt es kein Vorankommen.

Herr Göricke stellte abschließend die Fragen, wann zu dem „Warum“ der Ereignisse eine Auswertung im Stadtrat erfolgt und ob eine öffentliche Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu diesem Thema vor Ort in Mosigkau/Kochstedt stattfinden kann.

Herr Kuhnhold, Leiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, erhielt das Rederecht und erwiderte, dass die Freiwillige Feuerwehr Mosigkau unmittelbar nach dem Eingang der ersten Anrufe in der Leitstelle alarmiert wurde. Es gab die Aussage, dass die Freiwillige Feuerwehr Mosigkau zusammen mit der Wasserwehr Regulierungsmaßnahmen vornimmt. Das ist auch die Festlegung laut Protokoll. Die Freiwillige Feuerwehr Mosigkau war vor Ort im Einsatz und es ist auch ein Mitglied der Wasserwehr alarmiert worden. Es hätten vielleicht weitere Mitglieder der Wasserwehr informiert werden müssen, aber die Wasserwehr war nicht außen vor. Sie war im Einsatz und es wurden zusätzliche Kräfte im Ortsteil Mosigkau eingebunden. Der Versuch, auf andere Ämter zurückzugreifen, ist nicht in der Nacht, sondern erst am frühen Morgen gelungen. Das Ereignis müsse im Nachgang ausgewertet werden, da es nicht optimal gelaufen ist.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, regte an, dass die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehr Mosigkau, der Ortschaftsrat Mosigkau und die Wasserwehr das Ereignis auswerten. Das wurde von Herrn Kuhnhold zugesagt.

Eine Auswertung sollte nicht im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sondern im Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz erfolgen, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er bat Herrn Göricke darum, seine schriftlichen Ausführungen zu übergeben.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz sollte zeitnah stattfinden, bemerkte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Jacob Uwe Weber** darauf, dass im Haushaltsplan 2014 nicht unerhebliche Finanzmittel für die Beseitigung der Missstände bzw. für die Wasserplanung im Ortsteil Mosigkau bereitgestellt wurden. Er stellte die Fragen, wie weit diese Planung vorangeschritten ist, durch welche Ämter diese Planung zukünftig begleitet wird und welche Maßnahmen dort stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies darauf, dass die Maßnahmen im Etat des Tiefbauamtes eingestellt sind. Es wird eine schriftliche Beantwortung erfolgen.

Herr Jacob Uwe Weber stellte bezüglich der am 17.05.2016 stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt die Frage, warum die Diskussion zum Mosigkauer Windpark im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgte. Gemäß Kommunalverfassungsgesetz hätte dieses Thema im öffentlichen Teil besprochen werden müssen.

Auf den Hinweis von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke und Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass dieses Thema nicht auf der Tagesordnung stand, sondern eine Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung war, merkte **Herr Jacob Uwe Weber** an, dass öffentliche Anfragen auch im öffentlichen Teil zu behandeln sind, da nur Personalangelegenheiten und Rechte Dritter im nichtöffentlichen Teil behandelt werden können.

Herr Schönmann erwiderte, dass nur vor der Sitzung bekannte Informationen in die Tagesordnung aufgenommen werden können. Wenn sich nichtöffentliche Anfragen im nichtöffentlichen Teil entwickeln, könne die Öffentlichkeit nicht wieder hergestellt werden. Ansonsten teile er die Meinung von Herrn Weber. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wird dieses Thema im öffentlichen Teil auf der Tagesordnung stehen.

Herr Behrendt, Pappelgrund 30 in Dessau-Roßlau, merkte an, er wolle dem Hinweis des Stadtratsvorsitzenden in der letzten Sitzung nachkommen und die Fragen an den Oberbürgermeister an den Anfang seines Beitrages stellen:

- Wieso gab es bis heute keine richtige Antwort?
- Was konkret ist unternommen worden, um diese Probleme abzustellen?
- Warum bringt dieses nicht das gewünschte Ergebnis?
- Wie soll dieses Problem jetzt noch gelöst oder angegangen werden?
-

In der Stadtratssitzung am 09.12.2015 hatte Herr Behrendt die Ersatzbeschaffung der Videoleinwand in der Anhalt-Arena angefragt. Dazu wurde eine schriftliche Beantwortung zugesichert, welche ihn am 18.01.2016 erreichte. Darin wurde ihm mitgeteilt, dass der Haupt- und Personalausschuss die entsprechende Entscheidung am 13.01.2016 getroffen hat. Leider musste er feststellen, dass eine entsprechende Beschlussvorlage nicht Teil der Tagesordnung war. Auf seine Nachfrage wurde ihm am 04.04.2016 mitgeteilt, dass es sich um ein fehlerhaftes Datum handelt und der Ausschuss den Beschluss am 17.02.2016 gefasst hat. Auf seine erneute Nachfrage, wieso der Oberbürgermeister am 18.01.2016 schon einen Beschluss des Haupt- und Personalausschusses vom 17.02.2016 wissen konnte, wurde ihm mitgeteilt, „das war mir auch schleierhaft.“ Daraufhin wurde ihm am 09.05.2016 auf Nachfrage erklärt, dass auch diese Auskunft nicht richtig war. Er habe also mehrmals falsche Auskünfte erhalten. Da die Verwaltung bis jetzt ihre Antworten zurückgezogen hat, sind eingangs gestellten Fragen immer noch nicht beantwortet.

Herr Oberbürgermeister Kuras sagte eine schriftliche Beantwortung mit richtigen Angaben zu.

Frau Kathrin Winter, Wäschkestraße 2 in Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Aussagen des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung des Stadtrates, dass die Stadt 100 Wohnungen für Asylbewerber vorhält, obwohl keine neuen Zuweisungen von Asylbewerbern erwartet werden.

Da diese 100 nicht gebrauchten Wohnungen dennoch von der Stadt bezahlt werden, stellte sie folgende Fragen:

- Welche Kosten entstehen der Stadt monatlich durch das Vorhalten dieser Wohnungen, da weder das Land noch der Bund dafür aufkommen?
- Wie werden diese Kosten abgerechnet? Sollen dafür die Bürger dieser Stadt bezahlen?
- Sind diese Wohnungen ausschließlich für Flüchtlinge vorgesehen oder können auch Sozialschwache diese Wohnungen anmieten? Wenn Nein, warum nicht?

Die Wohnungen werden von der Dessauer Wohnungsgesellschaft betrieben und renoviert, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Die für Flüchtlinge vorgesehenen Wohnungen sind mit einem sehr einfachen Standard renoviert worden. Es gibt keine Zweckbindung für diese Wohnungen, so dass diese an alle Interessenten vermietet werden können. Die weitere Herrichtung der Wohnungen wurde gestoppt, weil abgewartet werden soll, was mit den Flüchtlingen passiert. Entscheidend für die Zuweisung weiterer Flüchtlinge ist z. B. die Frage des Familiennachzuges. Zwischen den Ländern der Europäischen Union ist vereinbart worden, 3 weitere Länder als sichere Herkunftsländer zu bestimmen, so dass Abschiebungen leichter möglich sind. Derzeit weiß niemand, wie sich die Ströme in Zukunft gestalten werden.

Frau Lechler, Gropiusallee 3 (bei Beyer) in Dessau-Roßlau, sprach zunächst dem Tiefbauamt ihren Dank für die erhaltenen Antwortschreiben zu Mängeln an Verkehrsanlagen aus Sicht der Rollstuhlfahrer aus und gab folgenden Sachstand bekannt: In den Bereichen des Gehweges, westlich der Gropiusallee, sind die Instandsetzungsarbeiten erfolgt und die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Herstellung der Bordabsenkung im Bereich des Gehweges der Ostseite der Gropiusallee, Einmündung Rathenaustraße wurde beim Stadtpflegebetrieb beantragt. Bezüglich des Gehweges in der Eisenbahnstraße, Westseite, südlich der hergestellten Absenkungen besteht derzeit kein Handlungsbedarf. Die Verkehrslösung im Bereich des Bahnüberganges Elisabethstraße muss noch untersucht werden. Zum Durchgang Hobuschgasse-Kavalierstraße ist eine Ortsbesichtigung erfolgt. Die Treppenanlage und die Rampe dienen der Überwindung des Höhenunterschiedes zwischen Hobuschgasse und Kavalierstraße. Die Rampe auf der Westseite ist für Rollstuhlfahrer und Rollatoren geeignet. Ihr Vorschlag zum Anbringen eines Warnhinweises werde geprüft. Regelbeschilderungen sind jedoch nicht verfügbar, so dass eine geeignete Beschilderung mit dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung abgestimmt werden muss. Bezüglich der Anfrage zu den Kosten für eine Bordabsenkung wurde mitgeteilt, dass diese Kosten stark von den jeweiligen örtlichen Bedingungen und den damit verbundenem Leistungsumfang abhängen. Als Durchschnittswert entstehen Kosten in der Größenordnung von 1.400,-€.

Weiterhin sprach sie Herrn Bekierz, Amt für Zentrales Gebäudemanagement, ihren Dank für seine Hilfe hinsichtlich des Bades „Rehsumpf“ aus. Sie hatte festgestellt, dass die Informationen in der Zeitung zum Abriss des Bades im vorigen und in diesem Jahr nicht stimmen. Auf ihre Frage, warum die Informationen nicht reguliert werden, habe sie jedoch keine richtige Antwort erhalten. Sie wolle bekanntgeben, dass an das Bad nicht herangegangen wird. Die wilde Badestelle wurde nicht behandelt und kein Geld dafür eingesetzt. Die sich dort befindliche Brücke müsse in Ordnung gebracht werden. Sie und andere Leute sind nicht damit einverstanden, dass die über 100 Jahre alte und genutzte Stelle einfach der Natur überlassen werden soll. Deshalb sollte die Öffentlichkeit noch einmal, mit der Durchführung eines Tages der offenen Tür, beteiligt werden, was bisher nicht gemacht wurde.

Nachdem der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, Frau Lechler darum bat, zum Ende zu kommen, fuhr sie fort, dass sich eine Bürgerin an sie gewandt hat, deren Pachtvertrag im Dezember 2012 beendet wurde.

Auf den Hinweis des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, dass bereits großer Unmut im Stadtrat herrscht, erwiderte Frau Lechler, dass ihr das egal ist und legte dar, dass den Leuten von der Abus mitgeteilt wurde, dass sie ihren Mietvertrag zum 31.12.2012 beenden müssen, sich aber an die Stadt wenden können, um einen neuen Mietvertrag abzuschließen. Dass habe mindestens eine Frau getan, aber bis heute hat sie keine Antwort erhalten. Sie stellte die Frage warum nicht.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine Beantwortung durch das Amt für Gebäudemanagement zu.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Bericht zum Sachstand der Vorbereitungen zum 100-jährigen Bauhausjubiläum 2019 Berichterstattung durch Frau Dr. Perren, Direktorin der Stiftung Bauhaus und Herrn Peter Kuras, Oberbürgermeister

Zunächst ergriff **Herr Oberbürgermeister Kuras** das Wort und bemerkte, dass der gemeinsame Bericht die Vorbereitung des Jubiläums 2019 beinhaltet. Frau Dr. Perren wird die nationalen und internationalen Zusammenhänge schildern und zur Stiftung selbst, zu den dort laufenden Projekten, Ausstellungen und Plänen für die Zukunft, berichten. Zu den städtischen Aktivitäten werden seinerseits Ausführungen getätigt, so dass ein umfassender Überblick über die Ziele und Maßnahmen gegeben wird. Für Fragen stehen sie ebenfalls zur Verfügung.

Frau Dr. Perren, Direktorin der Stiftung Bauhaus, verwies darauf, dass das Bauhaus seinen 100. Geburtstag im Jahr 2019 begeht. Es wurde in Weimar 1919 gegründet und ist 1925 nach Dessau gezogen, hat hier seine Blüte erlebt und musste 1933 in Berlin unter dem Druck der Nationalsozialisten geschlossen werden. Insgesamt bestand diese Hochschule für Gestaltung auch nur 14 Jahre, dennoch wirkt das Bauhaus weltweit und bis in die Gegenwart fort. Das Bauhaus inspiriert, polarisiert, emotionalisiert und provoziert noch heute. Es ist historisch und zeitgenössisch zugleich. Das 100-jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses bietet die einmalige Chance, viele dieser Facetten der Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte sowie der Gegenwärtigkeit des Bauhauses für eine breite Öffentlichkeit sichtbar und erfahrbar zu machen und damit gleichzeitig Impulse für Neues zu geben. Das Bauhausjubiläum wird und soll daher von einer Vielzahl von Akteuren, Initiativen und Institutionen in Dessau, im Land Sachsen-Anhalt, bundesweit und international gestaltet werden. Es gibt nicht nur die drei historischen Städte Weimar, Dessau und Berlin gibt, sondern das Bauhaus trägt Verweise in die ganze Bundesrepublik Deutschland. Daraufhin wurde 2013 der Bauhausverbund gegründet, der eine Arbeitsgemeinschaft der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrheinwestfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie des Bundes ist. Er setzt sich aus Vertretern der für Kultur- und Denkmalpflege zuständigen Ministerien sowie aus Vertretern der drei sammlungsführenden Bauhausinstitutionen in Deutschland zusammen. Ergänzend tritt im Auftrag des Bundes die Kulturstiftung des Bundes fördernd und unterstützend hinzu. Aufgabe des Verbundes ist die bundesweite und internationale Vorbereitung und Durchführung des Bauhausjubiläums 2019. Die Bauhauskooperation Berlin, Dessau und Weimar ist bis zum Jahr 2019 in diesen Bauhausverbund eingebettet.

Die Bauhauskooperation ist der Zusammenschluss der drei sammlungsführenden Bauhausinstitution – Bauhausarchiv/Museum für Gestaltung Berlin, der Stiftung Bauhaus Dessau und der Klassik Stiftung Weimar, weil das Bauhausmuseum in Weimar in der Klassikstiftung sitzt. Im Auftrag des Bauhausverbundes 2019 übernimmt diese in Form einer gGmbH, deren Sitz in Dessau ist, die Trägerschaft des Bauhausjubiläums 2019, erhält zu diesem Zweck eine Geschäftsstelle und bereitet die zentralen Jubiläumsvorhaben vor. Die Bauhauskooperation wird auch über das Jahr 2019 hinaus als gemeinnützige Gesellschaft institutionsübergreifende Projekte koordinieren, gemeinsame Ausstellungsvorhaben durchführen und abgestimmte Angebote zum Besuch der drei Einrichtungen entwickeln.

Zu den Zielen des Jubiläumsprogramms kommend, legte Frau Dr. Perren dar, dass das Bauhaus bis heute in seiner internationalen Ausprägung einer der wirksamsten und erfolgreichsten Exportartikel von Kultur aus Deutschland im 20. Jahrhundert ist. Die Ideen des Bauhauses auf allen Gebieten der freien und angewandten Kunst, der Gestaltung, der Architektur und der Pädagogik verbreiteten sich mit den ausgewanderten Bauhäuslern in der ganzen Welt u. a. in die Vereinigten Staaten, nach China, Israel, Schweiz, Japan, Mexiko und vielen anderen. Zentral für die Wirksamkeit des Bauhauses war sein globaler Anspruch, die Welt neu zu denken. Es ging um nichts geringeres, als um die Revolution des Alltags mit universalen gestalterischen Mitteln, elementar in der Formensprache, verständlich und zugänglich für alle. Das 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses ist daher ein Ereignis von nationaler Bedeutung, aber auch mit regionaler und internationaler Strahlkraft.

Der Bauhausverband hat sich konkrete Ziele gestellt, u. a. die Verbreitung und Vermittlung der Ideen des Bauhauses in eine breite Öffentlichkeit, die Entwicklung eines attraktiven und zielgruppenspezifischen Bildungs- und Besucherangebotes, verbunden mit der Verbesserung und Erweiterung touristischer Strukturen, die Etablierung der zentralen Kommunikationsplattform Bauhaus 100, wie die Dachmarke für alle Aktivitäten, die ab diesem Jahr zum Bauhaus stattfinden. Wichtig ist, dass sich nicht nur die Institutionen, die dem Bauhauserbe festgeschrieben sind, mit Bauhaus beschäftigen. Die Plattform soll auch für alle zugänglich gemacht werden, die sich auch sonst mit Bauhaus beschäftigen, u. a. freie Gruppen, Akteure, andere Theater, der VorOrt-Laden in Dessau, demnach also bundesweit. Ab dem nächsten Jahr wird das auch international ausgedehnt. Diese Dachmarken gibt es dann auch in mehrere Sprachen.

Die Ausstellung „Große Pläne“, welche bis zum Januar 2017 läuft, ist der Auftakt zum Jubiläum in Dessau am Bauhaus. Mit der Ausstellung „Große Pläne“ war es wichtig zu zeigen, dass das Bauhaus hier in Dessau, aber auch im Land Sachsen-Anhalt, sich weder damals noch heute als Solitär begriffen hat. Das Bauhaus ist nach Dessau gekommen, weil es schon viele Verbindungen zu Akteuren, die auch an einer modernen Sichtweise interessiert waren, hatte.

Der Auftakt für das Jubiläum wird regional gesetzt, um auch ein Bewusstsein in der Region, in Dessau, dafür zu schärfen, dass das Bauhaus ein integrativer Bestandteil der Region ist. Im Bauhaus wird jedes Jahr eine Ausstellung stattfinden, die auf das Bauhausmuseum aufbaut. Die Stiftung muss sich verstärkt als Ausstellungshaus aufstellen.

Die Leute müssen wissen, dass interessante Ausstellungen stattfinden, die thematisch sehr eng am Bauhaus sind und das mit der Eröffnung des Bauhausmuseums erstmals die Möglichkeit besteht, eine umfassende Sammlung zu präsentieren. Für das Bauhausmuseum wurden vom Land und vom Bund 25 Mio. € bereitgestellt. Die Planungen schreiten gut voran. Frau Dr. Perren hob hervor, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung eine sehr konstruktive und zielorientierte ist.

Es wird ein Festakt in Berlin geben, den der Bundespräsident bzw. die Bundespräsidentin eröffnet, wo sich das Land Sachsen-Anhalt und auch die Dessauer präsentieren sollten. Dieser Eröffnungsfestakt ist verbunden mit einer Ausstellung „Migrant Bauhaus“, die ab nächstes Jahr durch die Welt zieht. Es geht darum zu zeigen, dass das Bauhaus in Dessau schon immer ein internationaler Ort war und auf welchem kulturellen und gesellschaftlichen Grund die Bauhäusler und ihre Ideen damals gestoßen sind und wie sich bestimmte Bauhausideen weiter entwickelt haben. Alle Standorte werden im Jahr 2019 in einer Ausstellung in Berlin zu sehen sein.

Die Stiftung Bauhaus hat sich seit dem letzten Jahr Jahresthemen gewidmet. Das letzte Jahr stand unter dem Thema „Kollektiv“ und dieses Jahr heißt das Thema „Bewegung.“ Bewegung, ausgeführt in verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch im Sinne von Migrationsbewegung, denn viele Bauhäusler sind ständig hin und her gezogen, was dieses Jahr auch in den „Großen Plänen“ thematisiert wird. Im nächsten Jahr habe man das Thema „Substanz“, wo es zum einen um Materialforschung geht, aber auch um Substanz von Ideen, wie lange Ideen halten, in was sie sich verwirklichen und vergegenständlichen können. Das Jahr 2018 steht unter dem Thema „Standards“, denn das Bauhaus hat sich vorgenommen, ganz neue Standards zu setzen in der Kunst, in der Pädagogik und auch in der Architektur.

Im Hinblick auf das Jubiläum ist es wichtig, dass gerade mit der Erweiterung des Bauhausmuseums im Stadtraum, die ganze Stadt in ein stadtübergreifendes Festival einbezogen wird. In der nächsten Zeit wird verstärkt auf viele Akteure und Institutionen zugegangen und überlegt, wie das Bauhausjubiläum gemeinsam gefeiert werden kann. Es ist wichtig, dass das nicht isoliert und eng auf das Bauhaus bezogen wird. Diesbezüglich fördert die Bundeskulturstiftung 4 Bauhausagenten, die 16 Schulen betreuen können. Bauhausagenten sind so etwas Ähnliches wie Kulturagenten, es sind Kreative, die zwischen Kunst, Design, Architektur und Pädagogik agieren und eng mit Schulen zusammenarbeiten. Es geht darum, gemeinsam mit den Schülern und den Lehrern an Projekten zu oder an bestimmten Themenblöcken des Lehrplanes zu arbeiten, die einen Bezug zum Bauhaus haben. Mit diversen Schulämtern in Sachsen-Anhalt wurden bereits viele Gespräche geführt. Ihr, der Bundeskulturstiftung und auch der Stadt ist es ein wichtiges Anliegen, sich auf Dessau als Modellgebiet zu konzentrieren, um die Kinder und Jugendlichen für das Bauhausmuseum zu interessieren, die verschiedenen Bauhausbauten anzusehen und mit der Stiftung Bauhaus eng zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus besteht das Alleinstellungsmerkmal in der Stadt, dass wir über Bauhausbauten verfügen, die kein anderer hat, worauf man stolz ist. Alle Bauhausbauten werden im Inneren, aber auch in ihrer Verbindung mit der Stadt noch einmal analysiert, kuratorisch neu bespielt und in die Festaktivitäten 2019 einbezogen.

Frau Dr. Perren ging auf die im Masterplan 2012 festgelegten Ziele, die zwischen der Stiftung Bauhaus und der Stadtverwaltung vereinbart wurden, ein.

Neben der Verwirklichung des Museumsprojektes gab es die Idee der dezentralen Ausstellung Bauhausstadt, wo es auch um die Vernetzung der Bauhausorte geht, was gemeinsam mit der Stadt thematisiert wird. Bezüglich der Erweiterung des Weltkulturerbes der Bauhausstätten Weimar und Dessau geht es um eine Einbeziehung der ADGB Schule in Bernau. Der Arrondierungsantrag wurde im letzten Jahr gestellt und eine Erweiterung wird erhofft, weil damit die Hannes Meyer Laubenganghäuser in das Weltkulturerbe aufgenommen werden würden, was eine besondere Anerkennung für die sozialen Leistungen, auch des Bauhauses, sein würde.

Zur Aufwertung und Inszenierung im Stadtraum durch eine hohe Gestaltungsqualität bestand Einigkeit mit der Stadt, dass das ein grundsätzlicher Anspruch ist. Bezüglich der Übergabe des Ensembles der Meisterhäuser in das Eigentum und den Betrieb der Stiftung erklärte sie, dass das schon im Jahr 2014 erfolgt ist. Zum Label Bauhausstadt könne sie nichts sagen, da das seitens der Stadt gemacht werden muss. Zur Forcierung der universitären Ausbildung, gemeinsam mit dem Bauhaus Dessau, führte Frau Dr. Perren aus, dass seit zwei Jahren ein gemeinsames Masterprogramm in der Architektur mit der Hochschule Anhalt und der Humboldtuniversität in Berlin besteht. Darüber hinaus gibt es das neue Programm „Open Studios“ in der Akademie, wo es darum geht, dass Universitäten, Hochschulen, Kunsthochschulen aus der ganzen Welt mit ihren Studenten dazu eingeladen werden, im Bauhaus Dessau zu verweilen, den Raum und die Stadt auf sich wirken zu lassen und an konkreten Projekten mitzuarbeiten. Sie übergab das Wort an den Oberbürgermeister, Herrn Kuras.

Herr Oberbürgermeister Kuras bedankte sich bei Frau Dr. Perren für ihre Ausführungen und sprach der Stiftung Bauhaus Dessau für ihre Arbeit seinen Respekt aus, da diese neben dem normalen Tagesgeschäft auch die Vorbereitung des Jubiläums und die Errichtung des Bauhausmuseums zu bewältigen hat. Die Stadt Dessau-Roßlau ist mit Sitz und Stimme im Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus Dessau vertreten. Gemäß Satzung nehmen der Oberbürgermeister und die Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt diese Aufgabe wahr. Es ist davon auszugehen, dass dieses Kuratorium in absehbarer Zeit einberufen wird, um die anstehenden und dringenden Aufgaben weiter zu befördern. Nach den jetzigen Aufgabenverteilungen innerhalb der Landesregierung ist davon auszugehen, dass Herr Staatsminister Robra oder sein Staatssekretär den Vorsitz im Stiftungskuratorium übernehmen wird. Laut Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau vom 14. Februar 1994, beteiligt sich die Stadt mit 5 % an der Finanzierung der Stiftung Bauhaus am so genannten Kapitel I, Sammlung und Werkstatt. Aktuell sind das 152.000 €. Darüber hinaus hat sich die Stadt mit einer Vereinbarung vom 7. Dezember 2013 zur dauerhaften Finanzierung der Meisterhäuser in Höhe von 200.000 € bekannt. Grundlage für das Handeln zur Vorbereitung und Durchführung des Jubiläums im Jahr 2019 ist der vom Stadtrat verabschiedete Masterplan vom 11. Juli 2012. Seitdem sind vier Jahre vergangen und maßgebliche Autoren dieses Beschlusses sind nicht mehr in ihren damaligen Funktionen tätig, dennoch ist der Masterplan die Handlungsmaxime. Den Ausführungen von Frau Dr. Perren konnte entnommen werden, dass bereits eine Reihe von Themen abgearbeitet sind. Das Museum wird gebaut, die Meisterhäuser sind in die kompetenten Hände der Stiftung Bauhaus übertragen worden und das Direktorenhaus sowie das Haus Moholy Nagy wurden im Beisein des Bundespräsidenten im Mai 2014 der Öffentlichkeit übergeben. Mit dem Ziel der Fortschreibung und der Präzisierung des Masterplans hat die Verwaltungsspitze am 10. März 2016 eine Klausurtagung durchgeführt.

Nicht alles wurde der Veränderung unterworfen und es wurden sechs Handlungsfelder für die Stadt Dessau-Roßlau herausgearbeitet:

1. Gestaltung von Gebäuden und Freiflächen
2. Schaffung von erforderlichen Infrastrukturen
3. Mobilität und Orientierung
4. Öffentlichkeitsarbeit/Beteiligung/Vermarktung
5. Bildung und Wissenstransfer
6. Veranstaltung und Inszenierung

Die entsprechenden Ämter der Verwaltung sind beauftragt, diese Themen zu bearbeiten. Es folgten Ausführungen zu den einzelnen Handlungsfeldern.

1. Gebäude und Freiflächen

Der Schwerpunkt dieses Handlungsfeldes ist die Umfeldgestaltung des Bauhausmuseums und besteht in der Verschränkung der einzelnen Teilräume. Eine übergreifende Parkgestaltungskonzeption wird erarbeitet, wobei auch die Landeskunststiftung miteinbezogen wurde.

Weitere Projekte, neben der eigentlichen Stadtparkgestaltung, sollen mit GRW-Fördermitteln des Landes und des Bundes umgesetzt werden. Dabei wird sich auf die Umfeldgestaltung des Vorplatzes des Konsumgebäudes in Törten, die Umfeldgestaltung des Kornhauses und die Umfeldgestaltung des historischen Gropius Arbeitsamtes konzentriert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Komplettierung des Fahrradwegsystems im Rahmen des Bauhausjubiläums, um touristische Potentiale besser nutzen zu können. Die Fernradwege sollen besser mit den touristischen Zielen in der Stadt verbunden werden, da bisher die Radtouristen an der Stadt vorbei geführt wurden. Auch die Bauhausbauten sollen untereinander besser vernetzt werden. Des Weiteren sollen für die Fahrradfahrer bessere Bedingungen geschaffen werden, z. B. durch Fahrradabstellanlagen. Der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur, Herr Dr. Reck, hat zur Vorbereitung der Antragstellung für diesen Themenkomplex am kommenden Montag mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums einen Termin. Die Stiftung Bauhaus hatte sich im vergangenen Jahr intensiv mit dem Thema „Mobilität“ auseinandergesetzt. Bei der diesjährigen Triennale der Moderne greifen Stiftung und Stadt ein von Studenten vorgeschlagenes Projekt auf. So soll auf dem Kreisverkehr Meisterhäuser/Sieben Säulen für das Wochenende am 23./24. September 2016 ein „Gemeinschaftsplatz“ (Shared Space) inszeniert werden. Auch die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung des Umfeldes im Achsenbereich von Hauptbahnhof bis zum Stadtpark. Ferner hat die Dessauer Wohnungsgenossenschaft in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bauhaus den Arrondierungsantrag zur Aufnahme der Laubenganghäuser in das UNESCO Welterbe eingereicht. Unterstützend kann die Stadt auch Maßnahmen von Dritten befördern. Ein Beispiel ist die finanzielle Förderung der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft zur Erweiterung des Moses-Mendelssohn-Zentrums im Mittelring. Die Stadt hat den beantragten Zuschuss in Höhe von 10.000 € eingestellt, allerdings fehlt derzeit eine Finanzierungszusage seitens des Landes. Mittelbar ist die Fertigstellung des Schlosses Georgium nützlich. Zum Bauhausjubiläums soll die Gemäldegalerie mit ihrem bemerkenswerten Bestand wieder präsentieren werden.

Dem Bund ist für die bisherige Unterstützung zu danken, jedoch erhofft sich die Stadt eine Investitionsbeteiligung, auch zur Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes. Das Portal des historischen Friedhofes ist ebenfalls im Auge zu behalten.

2. Infrastruktur

Schwerpunkt ist die Anpassung der Kavaliertstraße. Die Stadt befindet sich momentan in einem schwierigen Abstimmungsprozess mit der Stiftung Bauhaus, da es unterschiedliche Handlungs- und Nutzungszwänge gibt. Es wird jedoch nach einem vernünftigen Kompromiss gesucht. Über die GRW-Förderung sollen möglichst weitere Projekte umgesetzt werden.

3. Mobilität und Orientierung

Für das gesamttouristische Informations- und Leitsystem erfolgt in der nächsten Woche die Vergabe bis zur Genehmigungsplanung. Ziel ist es, die Ausführungsplanung und das Vergabeverfahren sowie die Bauausführung in 2017 abzuschließen. Diese Maßnahme ist aus GRW-Mitteln finanziert. Es wurde eine ÖPNV-Linie „Bauhausbauten“ konzipiert, welche im Verkehrsentwicklungsplan umgesetzt wird. Sowohl im Fachausschuss als auch im Aufsichtsrat der DVV wurden die Planungen für die Bauhauslinie bestätigt. Auch der Bahnhof, insbesondere die Mobilitätszentrale der DVV, ist Ziel der Betrachtungen. Hier wird es noch konkretere Entwicklungen geben. Für das Jubiläumsjahr soll ein Mobilitätskonzept gemeinsam mit der Stiftung Bauhaus erarbeitet werden, mit dem sichergestellt wird, dass sich die zahlreichen Besucher der Stadt auf moderne und nachhaltige Weise im Stadtgebiet fortbewegen können. Dabei werden neben dem ÖPNV auch E-Bikes eine Rolle spielen.

4. Öffentlichkeitsarbeit/Beteiligung/Vermarktung

Die anstehenden Themen werden nunmehr von der Stadtmarketinggesellschaft bearbeitet und forciert. Die Gesellschaft nimmt am 1. Juni ihre Tätigkeit auf. Das ganzheitliche Tourismuskonzept, welches insbesondere auf der Grundlage des IFT-Gutachtens erstellt wurde, soll zunächst mit der Stadtmarketinggesellschaft abgeglichen werden, bevor es in den entsprechenden Gremien behandelt wird. Die Stadtmarketinggesellschaft wird eng mit der IMG und weiteren Tourismuspartnern zusammenarbeiten und kooperieren. Im Rahmen der Vorbereitung auf das Bauhausjubiläum soll die Stadtmarketinggesellschaft den Vorsitz einer Arbeitsgruppe „Städte“ im Netzwerk der Moderne übernehmen. Die vielfältigen Programme müssen mit den Partnern an die Kunden gebracht werden, wozu die Partner, z. B. die Deutsche Tourismuszentrale und die IMG wesentliche Beiträge leisten müssen. Aufgabe der Stadtmarketinggesellschaft wird es sein, die Bauhausstadt für die Gäste begeisternd erlebbar und erfahrbar zu machen. Innerhalb der Stadt werden Informationsveranstaltungen für Dienstleister, Gastronomen und Hoteliers angeboten. In Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus wird ein Schulungs- und Zertifizierungsbedarf an Gästeführern ermittelt und entsprechende Ableitungen getroffen. Mit dem Ziel der Verlängerung der Aufenthaltsdauer der Touristen wird durch den „Dessauer Sommer“ ein weiterer Höhepunkt geschaffen, wo es viele Angebote in den Bereichen Musik, Theater und dergleichen geben wird. Des Weiteren werden mit der Stiftung Bauhaus entsprechende Merchandisingprodukte entwickelt.

5. Bildung/Wissenstransfer/Vermittlung

Ein wesentlicher Teil der Vermittlungsarbeit wird von der Stiftung Bauhaus übernommen. Dies ist eine besondere Chance und Bereicherung für unsere Stadt. Die Schulen reagieren sehr aufgeschlossen auf die von der Bundeskulturstiftung geförderten „Bauhausagenten“. Vermittlungsbedarfe gibt es noch im Bereich der Bürger- und Vereinsinformationen. Mit geplanten Bürgerversammlungen und anstehenden Vermittlungsformaten, z.B. zum UNESCO Weltbetag, zum Tag des offenen Denkmals und bei Symposien, befindet man sich auf einem guten Weg. Wichtig ist dabei die Einbindung des Ehrenamtes. Der Freundeskreis des Bauhauses, der Förderverein Meisterhäuser, der Anhaltischen Kunstverein und der Förderverein Technikmuseum müssen unbedingt mitgenommen werden. In dem Koalitionsvertrag gibt es eine Passage, dass die Technikgeschichte wieder mehr in den Fokus gerückt werden soll. Im Jahr 2019 wird neben dem 100jährigen Bauhausjubiläum auch das 100jährige Jubiläum des Erstfluges der F13 begangen. Ein weiterer Punkt der Bürgerbeteiligung ist die Einbindung des Zweiten Arbeitsmarktes, was gemeinsam mit dem Sozialdezernat und dem Jobcenter umgesetzt wird. Schwerpunkt war zunächst die Einbringung von Asylbewerbern in entsprechende Projekte. Im Jubiläumsjahr muss jedoch ein anderer Schwerpunkt gesetzt werden. Im Masterplan Bauhausstadt war als weiteres Ziel verankert, in Dessau-Roßlau eine universitäre Ausbildung zu implementieren. Dieses Ziel wird in diesem Sinne nicht realisierbar sein, gleichwohl bietet die Stiftung einige hochwertige Bildungsformate in Kooperation mit verschiedenen Hochschulen an.

6. Veranstaltung und Inszenierung

Ein wird ein sehr breites Programm geben, vieles wurde bereits von Frau Dr. Perren benannt. Die AG „Stadt“ des Bauhauses wird sich mit den Inhalten auseinandersetzen und in Abstimmung mit der Stadtverwaltung die Dinge organisieren. Es müssen geeignete Formate gefunden werden, um auch die Bauhausbauten und -orte außerhalb der Verfügbarkeit der Stiftung zu erschließen. Es wurde verabredet, dass die Stiftung in absehbarer Zeit das erarbeitete Konzept vorstellt und die Stadt in die Weiterentwicklung einbezieht. Das Kulturamt wird mit seinen Einrichtungen diese Anregungen zur Inszenierung für den Stadtraum aufgreifen und nach Möglichkeiten der Umsetzung und Finanzierung suchen. Insbesondere das historische Arbeitsamt, aber auch das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte und weitere Orte werden davon betroffen sein. Ein im Koalitionsvertrag angekündigter Programmfördertopf sowie ein extra angelegtes Förderprogramm der Bundeskulturstiftung ist die Chance, eine Finanzierung darzustellen. Im Kulturamt wurde in Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus Dessau im vergangenen Jahr das Format „dessau open“ entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Das Kultusministerium hatte eine Förderung abgelehnt, daher wird jetzt ein anderer Weg der Finanzierung gesucht. Im Juni wird es Entscheidungen geben, ob die Stadt Fördermittel erhält. Ob dieses mehrtägige Kulturfest zur Einstimmung auf das Bauhausfest weiter gestaltet werden kann, ist abzuwarten. Der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur, Herr Dr. Reck, wird sich diesbezüglich nochmals an die Landesregierung wenden. Das allgemeine politische Ziel muss es sein, dass sich die Landesregierung ganz klar zum Bauhausjubiläum und nicht nur zum Reformationsjubiläum bekennt. In Zusammenarbeit mit dem Bauhaus wird das Bauhausfest gestaltet. Es ist wünschenswert, dass sich auch die Kultureinrichtungen der Stadt mit dem Thema Bauhaus befassen. Seitens des Anhaltischen Theaters, der Kurt-Weill-Gesellschaft und der Musikschule gibt es bereits positive Zeichen. Ein wichtiger Partner ist auch der Fernsehsender 3SAT mit dem Format ZDF@Bauhaus.

Herr Oberbürgermeister Kuras brachte nochmals seine Hoffnung zum Ausdruck, dass vernünftige Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Es ist davon auszugehen, dass in Kürze der Stiftungsrat zusammen kommt und mit dem neuen Vorsitzenden verhandelt werden kann. Dabei könnte auch das Anliegen des Stadtrates, zur Bildung eines Kuratoriums bzgl. der Vorbereitung dieses wichtigen Jubiläums, besprochen werden. In der vorletzten Sitzung des Stiftungsrates wurde das bereits angesprochen, jedoch waren die Interessenslagen nicht identisch. Frau Dr. Perren hatte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es Irritationen in dem Verbund geben könnte. Der damalige Vorsitzende, Herr Minister Dorgerloh, empfahl, dass die Stadt dieses Kuratorium alleine gründen sollte. Dieses Thema wird noch einmal mit dem neuen Vorsitzenden besprochen, da keine Irritationen hervorgerufen werden sollen. Ein Kuratorium der Stadt zur Vorbereitung des Jubiläums wäre jedoch hilfreich. Auch die Stadtmarketinggesellschaft wird darin eingebunden. Im Kulturrat wird derzeit die Besetzung der Stelle „Bauhausbeauftragter“ vorbereitet, die vorher von Herrn Steffen Kuras ausgeführt wurde. Der Gedanke einer gemeinsamen Intendanz wurde inzwischen verworfen. Wenn diese Stelle besetzt ist, werden die Arbeitsgruppen in der Stiftung ihre Vorstellungen entwickelt haben und das Drehbuch kann fortgeschrieben werden. Die Stadt Dessau-Roßlau hofft, dass sie mit ihren Welterbestätten weltweit wahrgenommen wird. Dies ist eine Chance, die so schnell nicht wiederkommt, um die Stadt national und international aufzustellen und Aufmerksamkeit zu erhalten. Hinsichtlich der finanziellen Situation der Stadt ist das eine Herausforderung, daher müssen in den nächsten Jahren in den Haushaltsberatungen kluge Entscheidungen getroffen werden. Dennoch kann mit Stolz und Freude diesem Jubiläum entgegengesehen werden. Es gab Überlegungen, am heutigen Tag eine schriftliche Vorlage auszureichen, was aus zeitlichen Gründen und aufgrund von ausstehenden Entscheidungen nicht erfolgen konnte. **Herr Oberbürgermeister Kuras** verwies in diesem Zusammenhang auf den bereits vor einiger Zeit ausgereichten Realisierungsstand des Masterplans Bauhaus. Zum Ende des Jahres könnte ein erneuter Bericht erfolgen und eine Vorlage eingebracht werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, dass auf unterschiedlichen Ebenen ein bedeutsames Ereignis stattfinden wird und äußerte die Wahrnehmung, dass bisher vieles nebeneinander ablief und sich jeder zunächst auf sich selbst konzentriert hat. Gemeinsame Auftritte, so wie heute, haben eine große Signalwirkung. Daher ist das zu wiederholen, auch zu den Anlässen, die in dem Bericht inhaltlich transportiert wurden. Ein stärkerer öffentlicher Schulterschluss zwischen Stadt und Stiftung ist wünschenswert. Alle anderen Dinge werden vom Stadtrat und den Ausschüssen begleitet.

Frau Dr. Perren erwiderte, dass es sich dabei auch um ein Anliegen der Stiftung und der Stadt handelt. In der vergangenen Zeit musste man sich zunächst sortieren und Vorbereitungen treffen. Sowohl Herr Oberbürgermeister Kuras als auch sie selbst waren neu in ihren Ämtern. Es ist richtig, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, gemeinsam stärker aufzutreten. Die Ausstellung „Große Pläne“ ist ein Auftakt für die Stadt aber auch im Land. Es findet eine Zusammenarbeit mit 14 landesweiten Partnern statt, u. a. den Technikmuseen in Dessau-Roßlau und in Magdeburg. Gerade in der Kommunikation und der Koordination gibt es viel Arbeit. Die Partner sind jedoch gerne dabei und enthusiastisch. Es wird viele Veranstaltungen geben, durch die ein Schulterschluss im Land wahrgenommen werden kann, auch von Institutionen, die in den einzelnen Städten bisher abgegrenzt gearbeitet haben.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, geht davon aus, dass die Landesregierung für das Jubiläum Sonderfinanzierungen zur Verfügung stellen wird, was jedoch davon abhängig sein wird, was für Projekte angemeldet werden. Diesbezüglich habe er heute zu wenige konkrete Vorstellungen gehört. Nach der Sommerpause sollte eine Projektliste mit gemeinsamen Projektideen und Kostenumfängen vorgelegt werden, mit der an die Landesregierung herangetreten werden sollte. Wenn diese Liste vorliegt, könnten im Stadtrat oder in einem entsprechenden Ausschuss Anregungen erfolgen.

Dabei denkt er auch an die Umsetzung von Projektideen aus der vom Bauhaus initiierten Studie zum Tourismuskonzept, wo sehr intelligente und einfach finanzierbare Dinge angeregt wurden. Mit der Unterstützung durch eine Landesfinanzierung müsste es gelingen, das bis zum Bauhausjubiläum umzusetzen und dass außerdem mehr Bauhaus in der Stadt sichtbar wird. Des Weiteren sollte auch die Elballee saniert werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmte Herrn Otto zu. Bei den genannten Projekten sind auch zahlreiche Anregungen aus den Ausschüssen enthalten. Die Erstellung einer Projektliste ist eine gute Idee, da man dadurch auch strukturierter gegenüber der Landesregierung auftreten kann. Jedoch ist er nicht sicher, ob diese bereits nach der Sommerpause vorgelegt werden kann.

Es wurde eine 30minütige Pause durchgeführt.

6.2 Statusbericht zur Machbarkeitsstudie NGA Breitbandausbau in Dessau-Roßlau; Berichterstattung durch Herrn Kramer, Breitbandberater für das Land Sachsen-Anhalt

Einführend stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** fest, dass man sich bereits frühzeitig im Stadtrat über den Breitbandausbau in der Stadt Dessau-Roßlau verständigt hat. In der Folge hatte es zahlreiche Arbeitsgespräche, u. a. mit der Norddeutschen Landesbank, der Investitionsbank und der Staatskanzlei gegeben. Im Ergebnis dessen, wurde im November 2015 der Auftrag zur Erarbeitung der Machbarkeitsstudie an Herrn Rüdiger Kramer, GRK Unternehmensberatung Potsdam, erteilt. Herr Kramer ist ein von der Landesregierung zertifizierter Breitbandberater. Bei der Machbarkeitsstudie handelt sich um eine Analyse der aktuellen Versorgung und der Strukturen sowie um eine Erstellung von groben Netzkonzepten. Des Weiteren werden Vertriebs- und Vermarktungsmodelle aufgezeigt und es gibt Handlungsempfehlungen. Die Studie befasst sich demnach bereits mit der Planung. Im Januar 2016 erfolgte die Marktkonsultation. Von Februar bis April 2016 erfolgten durch Herrn Kramer fortlaufende Statusberichterstattungen sowie mehrfache Präsentationen und Workshops. Im April 2016 kam es zum entscheidenden Interessensbekundungsverfahren. Dieses ist noch nicht beendet, hat aber weiterreichende Auswirkungen für die nächsten Schritte, wenn die Ergebnisse vorliegen. Im Juni 2016 wird die Machbarkeitsstudie abgeschlossen sein, die auch Basis für weitere Beschlussvorlagen im Stadtrat sein wird. Für die Sitzung des Stadtrates am 22.06.2016 wird eine Beschlussfassung angestrebt. In der Vergangenheit hatte der Stadtrat bereits darüber beschlossen, dass er sich klar zum Breitbandausbau bekennt. Nunmehr muss ausgewählt werden, welcher der beiden möglichen Wege bestritten werden soll. Außerdem muss über die Beantragung von Fördermitteln beschlossen werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** begrüßte anschließend Herrn Kramer und bat ihn um weitere Ausführungen.

Herr Kramer, Breitbandberater des Landes Sachsen-Anhalt, ging zunächst auf die Abkürzung „NGA“ ein und erklärte, dass diese „Next Generation Access“, die Breitbandnetze der nächste Generation, bedeutet. Beim Bund und auch im Land Sachsen-Anhalt gibt es die Zielsetzung, bis zum Jahr 2020 jeden Privathaushalt mit mindestens 50 Megabit Download und die ausgewiesenen Gewerbegebiete mit symmetrischen Verbindungen mit mindestens 100 Megabit zu versorgen.

Die für den anschließenden Statusbericht verwendete PowerPoint-Präsentation ist Bestandteil der Niederschrift. Zu den Karten auf den Seiten 9 und 10 (Punkte 5 Breitbandversorgung Deutsche Telekom_1) erfolgte der Hinweis, dass die grauen Flächen ebenfalls rot sein müssten.

Auf die Frage von **Herrn Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, ob von Kabel Deutschland Glasfaserkabel oder Koaxialkabel genutzt werden, entgegnete **Herr Kramer**, dass Koaxialkabel verwendet werden. Lediglich der Übergabepunkt ist mit Glasfaserkabel angeschaltet. Die Anführung an das Haus und die Installation im Haus erfolgt durch Koaxialkabel.

Die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob die Stadtverwaltung die Einbringung einer Beschlussvorlage zur nächsten Stadtratssitzung schafft, wurde von **Herrn Oberbürgermeister Kuras** bejaht.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, wie Herr Kramer die Zukunftsfähigkeit des Vectoring-Verfahrens bewertet.

Herr Kramer gab an, dass es sich dabei um eine Brückentechnologie für die nächsten fünf bis sechs Jahre handelt. Danach werde man mit der Bandbreite nicht mehr auskommen. Bei der Telekom gibt es bereits „SuperVectoring“, was in Pilotnetzen getestet wird. Dieses „SuperVectoring“ macht dann 200 Megabit möglich, wofür jedoch eine andere Technik in die Schränke eingebaut werden muss. Der nächste Schritt wäre „G.fast“, wo neue kleine Schränke dichter an die Häuser gebaut werden. Vier bis fünf Häuser werden dabei an einem Schrank angeschlossen, wobei dieser Schrank mit Glasfaser angeschlossen wird. Man geht also stückweise immer dichter an den Kunden heran. Das bedeutet, dass das Vectoring mittelfristig, aber nicht langfristig hilft. Langfristig müssen weitere Schritte vorgenommen und mit der Glasfaser dichter an den Kunden herangegangen werden.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, fragte, ob es richtig ist, dass die Gewerbegebiete in Roßlau nicht mit angeschlossen werden.

Herr Kramer antwortete, dass die insgesamt 18 Gewerbegebiete durch den Regelausbau der Telekom nicht symmetrisch versorgt werden. Teilweise gibt es asymmetrische Dienste, jedoch auch nicht flächendeckend. Im Ausbaukonzept werden dann alle 18 Gewerbegebiete, auch die Roßlauer Gebiete, vorgesehen.

Auf die Ausführungen von Herrn Kramer eingehend, äußerte **Herr Ehm** den Eindruck, dass es in nächster Zeit ein heilloses Durcheinander an Verfahren geben wird.

Herr Kramer bestätigte, dass es etwas undurchsichtig ist. Seitens der GRK Potsdam wurden vier Förderanträge beim Bund gestellt und sieben oder acht Förderanträge laufen beim Land, bei der IB. Jedes Verfahren ist ein bisschen anders, jedoch bekommt man im Laufe der Zeit Übung.

Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf, CDU-Fraktion**, erklärte **Herr Kramer**, dass er die PowerPoint-Präsentation zur Verfügung stellen wird.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Müller, SPD-Fraktion, merkte an, dass sich im Tiergarten keine Bänke und Papierkörbe befinden. Letztes gilt auch für den Lorkpark. Sie bat darum, diesen Hinweis aufzunehmen und in den Parks entsprechende Nachrüstungen vorzunehmen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, dass aufgrund der Stürme in den letzten Wochen und dem vermehrten Vorkommen von Wildtieren in den Wohngebieten, immer mehr Gelbe Säcke in den Stadtgebieten zerfetzt werden. Bürger hatten daraufhin seine Fraktion angesprochen, ob nicht flächendeckend mit Gelben Tonnen gearbeitet werden kann. Er bat darum, dieses Thema im entsprechenden Betriebsausschuss aufzunehmen und das Beratungsergebnis zu veröffentlichen.

Herr Mrosek, AfD-Fraktion, ging auf das Thema Windkraftanlagen in Mosigkau ein. Diesbezüglich hatte er die Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg angeschrieben und Fragen gestellt. Als bereits im Jahr 2004 gegen den entstehenden Windpark demonstriert wurde, gab es die Aussage, dass das Eignungsgebiet gestrichen ist. Da es jedoch eine Baugenehmigung gab, durfte diese Anlagen gebaut werden, es sollte aber keine weitere folgen. Daraufhin gab es ein Gerichtsurteil, welches aussagt, dass das Eignungsgebiet aufgrund von Verfahrensfehler gestrichen wurde. Am 19.09.2014 hatte die Regionale Planungsversammlung den Aufstellungsbeschluss für den sachlichen Teilplan „Nutzung der Windenergie in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ gefasst. Der erste Entwurf wurde am 20.02.2015 beschlossen und öffentlich ausgelegt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, unterbrach Herrn Mrosek und fragte, ob seine Ausführungen mit dem Tagesordnungspunkt 7.6 (BV/164/2016/StR) kollidieren.

Herr Mrosek entgegnete, dass in der Beschlussvorlage nichts über Windkraftanlagen steht und setzte seine Aussagen fort. Am 27.11.2015 wurde ein zweiter Entwurf zu den Eignungsgebieten Libbesdorf, Quellendorf, Mosigkau beschlossen. Dem Beschlussprotokoll ist zu entnehmen, dass alle Beteiligten der Regionalversammlung, auch die Stadt Dessau-Roßlau, dem zweiten Entwurf des sachlichen Teilplans „Nutzung der Windenergie in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ zugestimmt haben. Am 18.03.2016 gab es ein weiteres Beschlussprotokoll, mit dem Abstimmungsergebnis 13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung. Er fragte, warum die Stadt Dessau-Roßlau dem Beschluss 15a/2015 zugestimmt hat.

Da momentan an diesem Thema gearbeitet wird, erfolgt eine Beantwortung schriftlich, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Hernig, AfD-Fraktion, bezog sich auf die Baustelle in der Kirchstraße. Die Straße wurde gesperrt und die Buslinie sowie der Straßenverkehr werden durch die Saalestraße umgeleitet, die bereits 2013 und 2014 als Umleitungsstrecke diente. Das Kanalsystem, wo ebenfalls das Abwasser durchfließt, wurde dabei beschädigt. Nach den starken Regenfällen in der Nacht von Montag zu Dienstag stand die Straße teilweise bis zu 30 cm unter Wasser. Das Kopfsteinpflaster befindet sich auf Lehmboden, dementsprechend sieht die Straße jetzt aus. Momentan stehen die Kanaldeckel rund 5 cm über der eigentlichen Straßendecke. Da die Straße sicher nicht bis August standhalten wird, bat er um eine entsprechende Überprüfung und fragte, was dagegen getan werden kann.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine Klärung der Angelegenheit zu.

7 Beschlussfassungen

7.1 Bestellung des Ärztlichen Direktors des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: BV/104/2016/V-SKD

Der Bestellung von Herrn Dr. med. Joachim Zagrodnick zum Ärztlichen Direktor des Städtischen Klinikums wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm** sowie **Herr Oberbürgermeister Kuras** beglückwünschten **Herrn Dr. Zagrodnick**, der sich für das entgegengebrachte Vertrauen bedankte.

7.2 Personalangelegenheit Anhaltisches Theater Dessau Vorlage: BV/146/2016/II-30

Der Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates vom 13. April 2016 zur Bestellung von Herrn Dr. Daniel Siekhaus zum Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters Dessau wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

7.3 Personalangelegenheit Anhaltisches Theater Dessau Personalie Besetzung Verwaltungsdirektor Vorlage: BV/159/2016/II

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, begrüßte Herrn Wengler und bat ihn um eine persönliche Vorstellung.

Herr Lutz Wengler erhielt das Wort und bedankte sich zunächst bei den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses sowie des Betriebsausschusses des Anhaltischen Theaters, für die Entscheidung, dass er sich heute dem Stadtrat vorstellen kann.

Auf seinen persönlichen Werdegang eingehend, legte er dar, dass er nach dem Abitur in Hannover Betriebswirtschaft studiert hat und anschließend ein Gesangsstudium an der Folkwang-Hochschule für Musik und darstellende Künste absolvierte. Danach wurde er Regieassistent an den Wuppertaler Bühnen, wo er Herrn Weigand kennenlernte. Nach drei Jahren wechselte er an das Nationaltheater Mannheim, wo er zunächst Referent und Assistent des Operndirektors war und dann Stellvertreter der Generalintendantin wurde. Aufgrund der schweren Erkrankung der Intendantin wurde er kurze Zeit später für 1 ½ Jahre kommissarischer Generalintendant. Auf Wunsch der Politik wurde das Leitungsmodell am Nationaltheater Mannheim zu einem Mehrintendantenmodell geändert, wodurch er stellvertretender Opernintendant und Operndirektor wurde. Das Nationaltheater verlässt er zum Ende dieser Spielzeit. In der kommenden Spielzeit wollte er eine Auszeit nehmen, für die Zeit danach steht er bereits mit einem anderen Theater in Verhandlung. Im Zuge eines Gespräches mit dem Generalintendanten des Anhaltischen Theaters, Herrn Weigand, erfuhr er von den Schwierigkeiten bzgl. der Besetzung der Position des Verwaltungsdirektors und wurde gebeten darüber nachzudenken, die Stelle für ein Jahr interimsmäßig zu übernehmen. Von der Stadt wurden ihm entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ihm wurde schnell bewusst, dass er die Aufgabe gerne übernehmen würde. Zu dieser Entscheidung kam es auch, weil er den Generalintendanten des Theaters sehr gut kennt. In der jetzigen Situation des Hauses benötigt der Generalintendant einen Partner als Verwaltungsdirektor. Dieser Grund dürfe nicht zu gering eingeschätzt werden, da es zu unmöglichen Zuständen führen kann, wenn sich in einer schwierigen Situation der Generalintendant und der Verwaltungsdirektor nicht verstehen. Des Weiteren befindet sich das Theater zwar auf einem schwierigen Weg, dieser ist jedoch gangbar, was auch ein Werk des Stadtrats ist. Es ist zu sehen, dass viele Diskussionen, Mühe und Unterstützungswille dahinterstecken. Anhand der erhaltenen Unterlagen ist ersichtlich, dass ein Teil dieses Weges schon beschritten wurde und man im Plan liegt. Bezüglich der Interimslösung merkte **Herr Wengler** an, dass es richtig ist, noch einmal länger zu suchen, da das Theater jemanden braucht, der nicht nur verwalten kann, sondern auch versucht Dinge zu ermöglichen. Dabei sollte gemeinsam mit dem Generalintendanten, den Spartendirektoren und der Technik nach Möglichkeiten der Umsetzung, im Rahmen der Vorgaben, gesucht werden. Die damit verbundene Personalreduktion muss menschlich begleitet werden. Dieser Prozess ist nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die zu reduzierenden Abteilungen schwierig. Aus diesem Grund wird eine besondere Persönlichkeit für diese Aufgabe benötigt. Anhand des ausgearbeiteten Weges ist ein großer Wille in der Stadt und im Stadtrat für den Erhalt dieses Theaters zu spüren. Da dieser Weg noch nicht zu Ende ist, muss immer wieder über das Theater und seine Finanzierung nach 2018 geredet werden. Er würde sich freuen, wenn er dabei etwas helfen kann.

Der Bestellung von Herrn Lutz Wengler zum Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters Dessau und damit zum zweiten Betriebsleiter zum 1. August 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:01:00

Herr Wengler wurde beglückwünscht und bekam Blumen überreicht.

7.4 **Beschluss zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostrandstraße und zur Erhöhung ihrer Entlastungswirkung für das innerstädtische Straßennetz** Vorlage: BV/123/2016/StR

Herr Meier erklärte, dass sich die **Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen** im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu dieser Beschlussvorlage enthalten hatte. Es wird untersucht, welche Wirkung die Ostrandstraße auf die Entlastung des Nordstadtteils hat, wozu es bereits zum Teil Ergebnisse im Lärmaktionsplan gibt. Der Vorlage kann in der vorliegenden Form heute allerdings nicht zugestimmt werden, wofür es mehrere Gründe gibt. Der Titel „Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens“ sei rechtlich fragwürdig und grenzwertig, da es dem Stadtrat nicht zusteht, so etwas zu beschließen und damit in die Arbeit der Planfeststellungsbehörde einzugreifen. Hinsichtlich der Schaffung des Baurechts für die Walderseestraße merkte er an, dass heute unzählige Gründe (Kavalierstraße, Bauhausmuseum, Landesgartenschau, Mosigkau) gehört wurden, warum keine neuen Maßnahmen begonnen werden sollten. Des Weiteren ist die Wirtschaftlichkeit der Ostrandstraße, aber auch des Ausbaus der Walderseestraße, zu bezweifeln. Das wäre auch ein massiver Eingriff in das Gartenreich, da die Walderseestraße eine der Hauptachsen des Gartenreiches ist. Der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt soll darüber beraten haben, was die Wirksamkeit der Walderseestraße betrifft. Allerdings steht bei der Verabschiedung des Verkehrsentwicklungsplanes nichts zum Thema Walderseestraße in der Sitzungsniederschrift. Bei der Abstimmung würde er sich enthalten, wenn folgender **Änderungsantrag** beschlossen wird:

In die vertiefende Untersuchung zur Wirkung der Ostrandstraße ist die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der geplanten Straße, auch im Hinblick auf die Haushaltslage, einzubeziehen.

Der Änderungsantrag wurde dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, schriftlich übergeben.

Zur Aussage von Herrn Meier, dass das im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Besprochene nicht im Protokoll enthalten ist, äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass es gerade aus diesem Grund in die Beschlussvorlage hineingeschrieben wurde. Das Thema wurde im Ausschuss besprochen und von der Verwaltung aufgenommen. Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass dem Antrag nachgekommen und die Walderseestraße aufgenommen wird. Zur Sicherheit wurde das noch einmal in den Beschlusstext formuliert. Bezüglich der anderen Dinge gehen die Meinungen einfach auseinander.

Der von Herrn Meier eingereichte **Änderungsantrag** wurde **abgelehnt** (08:30:02).

Anschließend stellte **Herr Ehm** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die ausstehenden Planfeststellungsbeschlüsse für die Ostrandstraße 2. und 3. Bauabschnitt bis spätestens Ende Dezember 2016 zu ermöglichen. Der Entwurf der Beschlüsse soll, sofern sie von der zuständigen Behörde rechtlich gefasst werden können, dem Stadtrat am 07.12.2016 vor Beschlussfassung zur Kenntnis vorgelegt werden.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Verfahren zur Schaffung des Baurechts für die Walderseestraße von der Albrechtstraße bis zur Ostrandstraße einzuleiten, so dass dieses bis spätestens Dezember 2018 vom zuständigen Gremium beschlossen werden kann.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes oder, wenn erforderlich, in einer ergänzenden Untersuchung, die entlastende Wirkung der Ostrandstraße mit Einbindung der Walderseestraße unter der Beachtung einer erhöhten Geschwindigkeit, für die Ostrandstraße, analog der anderen Tangenten, zu ermitteln. Ergebnisse sind bis spätestens Dezember 2017 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 32:06:02

7.5 Rechtsstaatliche Planfeststellungsverfahren für die Teilprojekte des WWF-Projektes "Wilde Mulde"
Vorlage: BV/163/2016/StR

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

7.6 Teilweise Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ortsteil Mosigkau
Vorlage: BV/164/2016/StR

Eingehens äußerte **Herr Mrosek, AfD-Fraktion**, die Bitte, diesen Punkt überparteilich zu behandeln. Mosigkau ist ein Bestandteil der Stadt Dessau-Roßlau und keine Splittersiedlung. Dieser Status ist überaltert und muss überarbeitet werden. Eine Splittersiedlung ist eine unorganische Siedlungsstruktur bzw. eine Zersiedlung. Diese Situation ist allerdings nicht mehr gegeben. Bei einem gemeinsamen Besuch mit dem Oberbürgermeister vor Ort war zu erkennen, dass die Baulücken geschlossen sind. Da es keine Wahrnehmung als Splittersiedlung mehr gibt, bat er um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass dieser Beschluss aus Sicht der Fachämter nicht erforderlich ist. Im Beschluss des Flächennutzungsplanes von 2015 wurde festgelegt, dass die Verwaltung mit allen Ortschaftsräten entsprechende Splittersiedlungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans untersucht. Dazu gibt es auch einen Beschluss des Ortschaftsrates, der berücksichtigt wurde. Insofern erfolgen bereits Untersuchungen im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, dass diese Problematik bereits im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt wurde. Der Ortsbürgermeister, Herr Büttner, war zugegen und bat um Unterstützung bzgl. des Antrags des Ortschaftsrates. Im Vorfeld wurde seitens des Ortschaftsrates eine ähnliche Beschlussvorlage erarbeitet. Nach Beratung mit der Verwaltung wurde jedoch entschieden, dass die Verwaltung den Prozess und den konkreten Antrag des Ortschaftsrates begleiten soll, um Rechtssicherheit herzustellen.

Herr Schönemann bat die Einbringer der Beschlussvorlage darum, dass diese ebenfalls auf das Vertrauen, was seitens des Ortschaftsrates in Richtung Verwaltung aufgebracht wurde, setzen und stellte den **Antrag**, die Beschlussvorlage in den entsprechenden Fachausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu verweisen.

Dem **Antrag auf Verweisung** in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde mehrheitlich **zugestimmt** (32:04:02).

**7.7 Aufstellungsbeschluss Änderungsbebauungsplan Nr. 136 A 1.1
"Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt", zugleich Teilaufhebung
des Bebauungsplanes Nr. 136 A1
Vorlage: BV/053/2016/III-61**

1. Dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag auf Einleitung des Änderungsbebauungsplanes Nr. 136 A1.1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ wird stattgegeben.
2. Die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplanes Nr. 136 A1.1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ und zugleich zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 136 A1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ wird für das in Anlage 4 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
3. Städtebauliches Ziel des Verfahrens ist die Umwidmung der im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 136 A 1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ festgesetzten Sondergebiete 1 und 2 mit der Zweckbestimmung „Altengerechtes Wohnen“ unter Beachtung der Inhalte und Zielstellung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme für das ehemalige Kasernenareal Dessau-Kochstedt zur Bereitstellung von Wohnbauland für Eigenheime.
4. Der Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplanes Nr. 136 A1.1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ und zugleich zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 136 A1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ ist ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass der Bebauungsplan im Regelverfahren mit der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der in der Anlage 2 abgegebenen Willenserklärung zur Kostenübernahme mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 Abs.1 BauGB abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.8 Anpassung der angemessenen Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII
Vorlage: BV/097/2016/V-50

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Entwicklung des statistischen Bundesamtes ermittelten Preisindex für die Wohnungsmieten in Deutschland die Anpassung der angemessenen Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII um 3,2 %.

Die Anpassung der angemessenen Kosten der Unterkunft tritt rückwirkend zum 1. Mai 2016 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.9 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten
Vorlage: BV/013/2016/V-DKT

Der Stadtrat stimmt der anliegenden Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) (Anlage 3) zu.

Abstimmungsergebnis: 30:00:10

7.10 Festlegung der Förderprojekte für die Antragstellung STARK III EFRE und STARK III ELER des Eigenbetriebes DeKiTa / Finanzierung der Entwurfsplanungen
Vorlage: BV/038/2016/V-DKT

1. Für die unten genannten Projekte wird zur Vorbereitung der Antragstellung STARK III die Planung bis zur Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) beauftragt.
2. Die notwendigen Planungsmittel werden vorfristig zu 100 % aus Eigenmitteln bereitgestellt und freigegeben.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Ehm**, stellte anschließend Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 19:44 Uhr durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 24.06.16

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schritfführer